

## Wichtiger Hinweis

Ändert sich Ihre Adresse demnächst,  
haben Sie ein fehlerhaftes Exemplar erhalten,  
oder haben Sie sonstige Reklamationen?

Dann informieren Sie uns bitte!  
(Adresse siehe GÖD Hauptstadtbüro Berlin)

## Hier hilft man Ihnen weiter!

### GÖD Geschäftsstellen und Ansprechpartner:

#### Bundesgeschäftsstelle

Pelkovenstraße 51, 80992 München  
Tel. 0 89 / 53 25 50  
Fax 0 89 / 53 65 29  
e-Mail: [info@goed-online.de](mailto:info@goed-online.de)  
Ansprechpartner: Raymund Kandler

#### Hauptstadtbüro Berlin

Obentrautstraße 57, 10963 Berlin  
Tel. 0 30 / 21 02 17-33  
Fax 0 30 / 21 02 17-40  
e-Mail: [goed-berlin@t-online.de](mailto:goed-berlin@t-online.de)  
Ansprechpartner: Wolfgang Schneider  
Inge Dietrich, Marion Schöne

#### Landesverband Baden-Württemberg

Postfach 700151, 70571 Stuttgart  
Tel. 07 11 / 90 72 26 52  
e-Mail: [info@goed-bw.de](mailto:info@goed-bw.de)  
Ansprechpartner: Wolfgang Feil

#### Landesverband Bayern

Pelkovenstraße 51, 80992 München  
Tel. 0 89 / 53 25 50  
Fax 0 89 / 53 65 29  
e-Mail: [goed-bayern@t-online.de](mailto:goed-bayern@t-online.de)  
Ansprechpartner: Raymund Kandler

#### Regionalverband Ost

(Berlin, Brandenburg, Sachsen-  
Anhalt, Sachsen, Thüringen)  
Obentrautstraße 57, 10963 Berlin  
Tel. 0 39 33 / 21 11  
Fax 0 39 33 / 21 11  
e-Mail: [l.dreyer@cgb.info](mailto:l.dreyer@cgb.info)  
Ansprechpartnerin: Lydia Dreyer

#### Landesverband Nordrhein- Westfalen

Rudolf-Diesel-Straße 2  
40670 Meerbusch-Osterath  
Tel. 0 21 59 / 69 46 170  
Fax 0 21 59 / 69 46 171  
e-Mail: [goed-nrw@t-online.de](mailto:goed-nrw@t-online.de)  
Ansprechpartner: Jürgen Cremer

#### Regionalverband Südwest

(Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)  
Eisenbahnstraße 25,  
66117 Saarbrücken  
Tel. 06 81 / 9 27 28 30  
Fax 06 81 / 9 27 28 33  
e-Mail: [cgb-saar@t-online.de](mailto:cgb-saar@t-online.de)  
Ansprechpartner: Herbert Fontaine

#### für Hessen

Ansprechpartner: Stephan oder  
Leo Brockmann  
Odenwaldring 75,  
64859 Eppertshausen  
Tel. 0 60 71 / 61 17 79  
Fax 0 60 71 / 61 17 49  
e-Mail: [goed-hessen@web.de](mailto:goed-hessen@web.de)

#### für Rheinland-Pfalz

Ansprechpartnerin: Helga Marbach  
Miesenheimer Str. 3, 56637 Plaidt  
Tel. 0 26 32 / 4 39 72  
Fax 0 26 32 / 95 87 84  
e-Mail: [HCMARBACH@t-online.de](mailto:HCMARBACH@t-online.de)

#### Regionalverband Küste

(Schleswig-Holstein, Niedersachsen,  
Mecklenburg-Vorpommern, die  
Hansestädte Hamburg und Bremen)  
Westerfeld 8, 25864 Löwenstedt  
Tel. 0 46 73 / 567  
Fax 0 46 73 / 9 62 425  
e-mail: [soenkejensen@gmx.net](mailto:soenkejensen@gmx.net)

#### für Schleswig-Holstein, Hamburg und den Regionalverband

Ansprechpartner: Sönke Jensen

#### für Niedersachsen und Bremen

Ansprechpartner: Rolf Zimmermann  
Tel. 0 50 51 / 87 67  
e-mail: [Rolf.Zimmermann27@t-online.de](mailto:Rolf.Zimmermann27@t-online.de)

#### für Mecklenburg-Vorpommern

Ansprechpartnerin: Kathi Müller  
Tel. 03 95 / 42 25 833  
e-mail: [kathi.jens@t-online.de](mailto:kathi.jens@t-online.de)



**Die qualifizierte  
Alternative!**

# GÖD FORUM

Im Internet der schnelle Klick:  
[www.goed-online.de](http://www.goed-online.de)

Ausgabe 2/2012

MITGLIEDERZEITUNG DER GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST UND DIENSTLEISTUNGEN



## ***In dieser Ausgabe:***

- Tarifabschluss im öffentlichen Dienst Bund und Kommunen
- Übernahme des Tarifabschlusses öD für Beamtinnen und Beamte
- Tariflohn Bewachungsgewerbe der GÖD in Sachsen allgemeinverbindlich
- CESI Berufsrat CGB/GÖD in den Ausschüssen Justiz und Landesverteidigung
- GÖD Erfolge bei den Personalratswahlen der Bundeswehr
- Realisierungsplanung der Bundeswehrreform (Standorte)

# **Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Leser**

Jetzt kurz vor, oder schon in den Sommerferien könnte auf der Titelseite ein schönes Bild erscheinen vom Urlaub am Meer oder in den Bergen. Dennoch zeigen wir dort Ausschnitte aus einem ereignisreichen ersten Quartal des Jahres unserer Gewerkschaftsarbeit in der GÖD.

In dieser Ausgabe berichten wir über die Ergebnisse der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen, sowie der Übernahme dieser Ergebnisse für Beamtinnen und die Beamten.

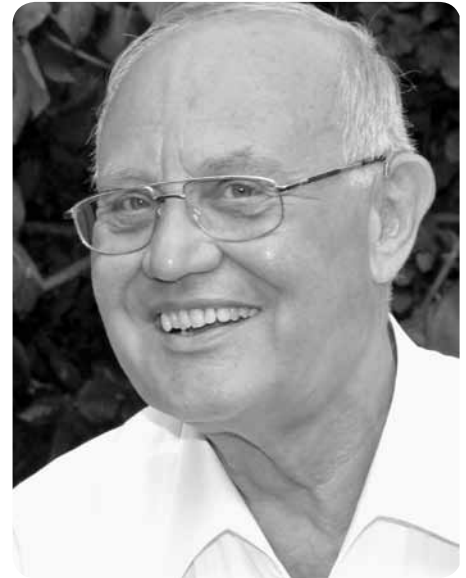
Endlich ist der Einstieg in die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen der GÖD gelungen. Zunächst mit dem Tariflohn für das Bewachungsgewerbe in Sachsen.

Auf europäischer Ebene ist die GÖD über den CGB bei der CESI (Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften) in Brüssel in den Berufsräten der Justiz

und der Landesverteidigung aktiv geworden. Dazu kurze Berichte und Bilder. Die Würfel sind gefallen bei den Personalratswahlen der Bundeswehr. Die GÖD ist dort wieder in Personalratsgremien, im Hauptpersonalrat und in den Stufen sowie in örtlichen Gremien vertreten und wird bei den aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform Einfluss und Hilfestellung für unsere Kolleginnen und Kollegen gewährleisten. Wir informieren dazu ausführlich, auch zum Realisierungsplan zur Bundeswehrreform.

In dieser Ausgabe wird wieder aus der lebendigen und vielfältigen Arbeit in unseren Landes- und Regionalverbänden berichtet.

Für Viele herrscht bereits Urlaubszeit, oder sie steht unmittelbar bevor. Um „Burnout“ (ausgebrannt) zu vermeiden, sollte unbedingt abgeschaltet werden



um sich einmal wirklich zu erholen. Eine schöne Urlaubszeit wünscht auch die

**Redaktion GÖD FORUM**  
**Götz Beyer**

## *Impressum*

### **Herausgeber und Verleger:**

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB). Der GÖD Bundesverband wird vertreten durch den Bundesvorstand.

### **Kontakt und Vertrieb:**

GÖD Hauptstadtbüro  
Obentrautstraße 57  
10963 Berlin  
Telefon: 0 30 / 21 02 17-33  
Telefax: 0 30 / 21 02 17-40

### **Layout und Druck:**

Verlag Donaudruck GmbH  
Kloster-Mondsee-Str. 14  
94474 Vilshofen an der Donau  
Tel.: 0 85 41 / 96 88-0  
www.donaudruck.de

*Mit Namen oder Kürzel gezeichnete Artikel geben die Auffassung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion und / oder des Herausgebers wieder.*

*Nachdruck nur mit Genehmigung.*

### **Redaktion:**

Götz Beyer, Bruckmühl

## Der Bundesvorsitzende hat das Wort

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Tarifrunde 2012 ist mit einem, wie ich meine, akzeptablen Kompromiss abgeschlossen und das Tarifergebnis zwischenzeitlich auch für die Bundesbeamten umgesetzt worden. Ich gehe davon aus, dass auch die Länder diesem Beispiel des Bundes folgen und das Tarifergebnis zeitnah umsetzen.



**Die qualifizierte Alternative!**

Im Nachgang zur Beteiligung des CGB nach zum Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen, an der für die GÖD unser Kollege Markus Kreis teilgenommen hat, fand am 13. Juni 2012 im Bundesministerium des Innern in Berlin Moabit ein weiteres Gespräch zwischen Bundesinnenminister, Dr. Hans-Peter Friedrich, und den stellvertretenden CGB-Vorsitzenden, Jörg Hebsacker, und Raymund Kandler und dem Mitglied des Bundesvorstandes Ulrich Bösl statt.

Hierbei wurde über den Stand der „Portabilität“ von Beamtenversicherungen beim Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis und dauerhaften Einsatz außerhalb des öffentlichen Dienstes und das Thema Altersteilzeit gesprochen. Zum Thema Altersteilzeit, deren Auswirkungen auf die

Einstellungspraxis und einer ausgewogene Altersstruktur hat sich der Minister für eine weitere Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit nach den persönlichen Wünschen und Bedürfnissen erklärt. Wir haben hierbei auf die Probleme und Hindernisse der derzeitigen Instrumente wie etwa der sog. „FALTER-Regelung“ hingewiesen und uns auch im Sinne der Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit u.a. für eine Erweiterung der bisherigen Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen für Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst ausgesprochen.

Bei den durchgeführten Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz liegen zwischenzeitlich die Wahlergebnisse vor, wonach unsere Kolleginnen und Kollegen wieder in vielen Haupt-, Bezirks-, Gesamt- und örtlichen Personalräten vertreten sind. Ich wünsche den Gewählten für die anstehende verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg und danke den Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen !



Mit kollegialen Grüßen

Ihr



**Raymund Kandler,**  
**GÖD Bundesvorsitzender**

## Hier könnte Ihre Werbung stehen!

Informationen erhalten Sie über unser  
**GÖD Hauptstadtbüro**

**Obentrautstraße 57  
10963 Berlin**

**Telefon: 030/210 217-33**

**Telefax: 030/210 217-40**

**e-Mail: [goed-berlin@t-online.de](mailto:goed-berlin@t-online.de)**



## Einkommensrunde 2012

# Kompromiss für TVöD bei Bund und Kommunen



In der dritten Verhandlungsrunde und nach entsprechenden Warnstreiks zum TVöD bei Bund und Kommunen konnte ein Kompromiss mit dem Ergebnis von 3,5 Prozent ab März 2012, 1,4 Prozent ab Januar 2013 und weiteren 1,4 Prozent ab August 2013 erreicht werden. In der zweiten Verhandlungsrunde wurden von Bund und Kommunen lediglich eine Erhöhung von insgesamt 3,3 Prozent und

eine Einmalzahlung in Höhe von 200,- € angeboten.

### Eckpunkte des Tarifabschlusses:

- 3,5 Prozent Entgelterhöhung ab März 2012, weitere 1,4 Prozent ab Januar 2013 und weitere 1,4 Prozent ab August 2013. Auszubildende erhalten 50,- € ab März 2012 und 40,- € ab August 2013.

- Auszubildende werden für die Dauer von 12 Monaten bei Bedarf über-

nommen; Entfristung, wenn sich der Auszubildende bewährt hat; Regelungen zur Fahrtkostenerstattung.

- Gesonderte Regelungen für die Versorgungsbetriebe, die Flughäfen und die Theater und Bühnen.

- Neuregelung des Urlaubsanspruchs auf 29 Tage und 30 Tage für über 55-Jährige. Auszubildende erhalten 27 Tage. Vorhandene Beschäftigte über 40 Jahre behalten den bisherigen Anspruch von 30 Tagen.

**Gerechte Einkommen und gut ausgebildete Beschäftigte sind Grundlage für einen motivierten und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst.**

# Besoldungserhöhung für Beamtinnen und Beamte

Auch Anhebung der Versorgungsbezüge



v. l. n. r. Staatssekretärin Rogall-Grothe und die CGB-Vertreter Ulrich Bösl (CGBT) und Markus Kreis (GÖD)

Das Tarifergebnis für die Arbeitnehmer im Bundes- und Kommunaldienst wird für Beamte und Versorgungsempfänger übernommen. Die Übernahme des Ergebnisses ist zwar zeit- und inhaltsgleich aber nicht wirkungsgleich, da nach bestehender Geset-

zeslage bei jedem Erhöhungsschritt 0,2 % abgezogen und in die Versorgungsrücklage gehen.

Daher wird es folgende Erhöhung der Besoldung geben:

- zum 1. März 2012 um 3,3%,
- zum 1. Januar 2013 um 1,2% und
- zum 1. August 2013 um 1,2%.

Die Anwärterbezüge werden zum 1. März 2012 um 50 Euro und zum 1. August 2012 um 40 Euro angehoben. Im Beteiligungsverfahren beim Bundesinnenministerium hat der CGPT-Vorsitzende Ulrich Bösl den Gesetzentwurf unterstützt und sich für die christlichen Gewerkschaften für eine neue Ballungsraumzulage ausgesprochen, die Beamtinnen und Beamten in den extrem teuren Ballungsräumen helfen soll.

**Im Internet der schnelle Klick**  
[www.goed-online.de](http://www.goed-online.de) oder [www.cgb.info](http://www.cgb.info)

## Tariflohn in Sachsens Bewachungsgewerbe ist allgemeinverbindlich

Nach der Einführung des bundesweiten Mindestlohnes im Bewachungsgewerbe sind im Freistaat Sachsen nun auch die höheren Lohngruppen für alle Beschäftigten bindend.

Bereits im Juni 2011 wurde nach zähem Ringen bei Politik, Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Wach- und Sicherheitsgewerbes bundesweit der Mindestlohn für die niedrigsten Lohnstufen eingeführt. Seit dem 1. März 2012 gilt im Freistaat Sachsen ein Mindestlohn von 7,00 Euro je Stunde. Durch die Allgemeinverbindlicherklärung der anderen Lohngruppen wird nun auch die Leistung der Wach- und Sicherheitsmitarbeiter/-innen belohnt.

Das sächsische Staatsministerium für

Arbeit und Soziales hat den Entgelttarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt. Damit gelten die Tariflöhne in der Branche für alle etwa 7200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Die Tarifvertragsparteien in Sachsen, die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) und der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) fordern seit jeher die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) aller Lohngruppen. Damit wird verhindert, dass die Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen nicht ausschließlich am Preis gemessen wird,

sondern andere Kriterien, wie Zuverlässigkeit und hohe Qualität in den Vordergrund treten. „Durch Unterschreiten der Tariflöhne wurde der Wettbewerb der Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und demotiviert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, erklärt der Tarifbeauftragte der GÖD, Manfred Loitsch aus Dresden. „Mit der AVE wird jedem in dem Bereich beschäftigten endlich der Tariflohn garantiert und die sogenannten schwarzen Schafe der Branche werden in ihre Schranken gewiesen“, so Loitsch weiter.

*CGB und GÖD setzen sich in Brüssel beim CESI-Berufsrat Justiz gegen die Privatisierung im Bereich der Justiz ein.*

## Arbeitstreffen des CESI Berufsrates Justiz am 30.05.2012 in Brüssel

**CESI Berufsrat macht die Privatisierung der Justizvollzugsanstalten, Auslagerungen von Tätigkeiten der Justiz und die elektronische Fußfessel zum Gegenstand ihres Arbeitstreffens in Brüssel.**

Gegenstand des diesjährigen Arbeitstreffens in Brüssel war die Privatisierung der Justizvollzugsanstalten und die Auslagerung von Tätigkeiten der Justiz. Ferner wurde über die elektronische Fußfessel im Strafvollzug berichtet. Schließlich hat der Berufsrat Justiz sein Aktionsprogramm besprochen, um weitere Akzente gegenüber der EU-Kommission, dem Rat und Par-

lament zu setzen. Denn zur Verringerung des Haushaltsdefizits in den EU-Mitgliedstaaten gibt es Überlegungen aus den EU-Mitgliedstaaten und der Kommission zu Auslagerungen und Privatisierungen im Justizbereich.

Am 30.05.2012 fand in Brüssel das diesjährige Treffen des Berufsrates Justiz der Europäischen Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI) statt. Der CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands) ist Mitglied der CESI und dort im Berufsrat Justiz durch Nico Caló vertreten. Der Berufsrat Justiz setzt sich aus 10 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zusammen und trifft sich

unter dem Vorsitz von Mark Freemann (Großbritannien) zu regelmäßigen Arbeitstreffen in Brüssel.

**Nachfolgend die Stellungnahme des CGB Vertreters im CESI Berufsrat Justiz zur Privatisierung der Justizvollzugsanstalten und Auslagerung von Tätigkeiten:**

Zunächst gibt es verfassungsrechtliche, europarechtliche und völkerrechtliche Probleme bei der Privatisierung durch Auslagerungen im Justizbereich, insbesondere mit Blick auf die Privatisierung von Justizvollzugsanstalten. Tragender Grund für die Ablehnung der Privatisierung ist vor allem, dass das Gewaltmonopol beim Staat zu verbleiben hat. Die-

## Fortsetzung von Seite 5

ses darf vom Staat nicht aus der Hand gegeben werden. Dies gebietet schon die Würde des Menschen, welche von der staatlichen Gewalt zu achten ist. Diese Regelung findet sich in allen Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und auch in der Europäi-



*v.l.n.r. Freeman, Caló, Heeger*

schen Menschenrechtskonvention.

Es geht also nicht um die Frage des „Wie“ einer Privatisierung, sondern „Ob“ eine Privatisierung überhaupt im Einklang mit nationalem Verfassungsrecht und dem Völkerrecht möglich ist. Mit der gewünschten Einsparung zur Entlastung des Haushaltes wird das nicht möglich sein. Die isolierte Betrachtung von Kernbereichen und Servicebereichen der Tätigkeiten der Justiz ist nicht möglich, weil beide Bereiche einen abgestimmten Ablauf im Justizbereich erfordern. Denn, belässt man den Kernbereich der Aufgaben beim Staat und privatisiert den Servicebereich, entstehen neue notwendige Überwachungsstrukturen, welche von staatlicher Seite zu leisten sind, so dass der erhoffte Einspareffekt ausbleibt. Das Fazit ist: Bei rechtskonformer Auslegung unter Bezugnahme auf das nationale Verfassungsrecht sowie Europarecht und Völkerrecht wird eine Privatisierung und Auslagerung von Tätigkeiten der Justiz diesen Anforderungen nicht gerecht. Die erhofften Einsparungen durch die Privatisierung werden durch Überwachung und Sicherheitsleistungen durch staatliche Stellen gegenüber den privaten Erbringern zu Mehrausgaben führen, da zwangsläufig Doppelstrukturen der Beaufsichtigung geschaffen werden

müssen. Ein weiterer tragender Gesichtspunkt der CGB/GÖD Stellungnahme im Berufsrat Justiz waren die besonderen Anforderungen an die Beschäftigten. Da diese das Gewaltmonopol des Staates ausüben, sind an deren Auswahl, Ausbildung und Ausübung der Tätigkeit besondere Anforderungen

zu stellen. Dies kann nur mit dienstrechtlichen Maßnahmen des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden. Denn eine privat organisierte Erbringung von Leistungen der Justiz folgt zwangsläufig einem ökonomischen Prinzip der Gewinnmaximierung, welches sich auf die Arbeitsbeziehung der Beschäftigten und den Adressaten der Tätigkeit in diesem Bereich negativ auswirken wird.

**Unbedingt  
einhalten**

**Redaktionsschluss  
Forum 3/2012  
ist der 8. Sept. 2012!**

Aber nicht nur die Justizvollzugsanstalten stehen in den EU Mitgliedsländern im Fokus der Privatisierung. Auch Tätigkeiten in den Bereichen der Zivilgerichtsbarkeit. Bereits jetzt schon wird im Bereich der Vollstreckungsgerichte und des Forderungseinzugs im Justizbereich nach Privatisierungsmöglichkeiten gesucht bzw. durch Teilprivatisierung umgesetzt. Auch in diesem Bereich der Justiz sind der Privatisierung aber Grenzen gesetzt. Denn hier besteht die Gefahr, dass die richterliche Unabhängigkeit untergraben wird. Hinzu kommt, dass innerhalb der Zivilgerichtsbarkeit und der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Bürge-

rinnen und Bürger mit Kosten zu beteiligen sind. Diese dürften sich durch eine Privatisierung erhöhen, weil auch hier durch das ökonomische Prinzip der Gewinnmaximierung die Kosten den Bürgerinnen und Bürgern auferlegt werden. Dies kann dazu führen, dass durch hohe Kosten die Rechtsweggarantie der Bürgerinnen und Bürger erschwert wird. Die vom CGB vorgebrachten Bedenken wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Arbeitstreffens in Brüssel geteilt. Aus den Berichten der Mitgliedsorganisationen wurde deutlich, dass in allen Mitgliedstaaten unter dem Druck des Haushaltsdefizits notwendige Investitionen im Bereich der Justiz ausbleiben, mit der Folge, dass z.B. Überbelegungen in Justizvollzugsanstalten, hohe Belastungen der Justiz und durch die Arbeitsverdichtung entstandenen Überlastungen der Beschäftigten von den Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten hingenommen werden. Der CGB wird im CESI Berufsrat Justiz die Fortentwicklung im Justizbereich kritisch begleiten und zwar auch mit Blick auf das Mehrjahresprogramm der Europäischen Union für den Bereich Justiz und Inneres im Zusammenhang mit dem sog. Stockholmer Programm des Europäischen Rates. Ebenso wird der CGB die Aktivitäten der EU-Kommission im Rahmen seines Arbeitsprogramms 2012 in diesem Bereich beobachten und rechtzeitig die Bedenken seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Auslagerung und Privatisierung vortragen.

Wie berichtet gibt es gute Argumente, welche gegen die Auslagerung und Privatisierung von Tätigkeiten im Justizbereich sprechen, so dass wir diese an verantwortlicher Stelle in der EU-Kommission, dem EU-Parlament und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im CESI Berufsrat Justiz in den EU-Mitgliedstaaten und den nationalen Parlamenten vorbringen werden.

weiterer Bericht unter: [http://www.cesi.org/news/2012/120601\\_trade\\_council\\_justice.html](http://www.cesi.org/news/2012/120601_trade_council_justice.html)

**Nico Caló**

*Berichterstatte des CGB bei der CESI*

## **CESI Berufsrat Landesverteidigung diskutierte die Wirkung von Budgetbeschränkungen auf die nationalen Streitkräfte**

Am 12.Juni.2012 traf sich der CESI Berufsrat Landesverteidigung zu einem Arbeitstreffen in Brüssel. Die Teilnehmer der internationalen Runde kamen aus Deutschland, Österreich, Irland, Niederlande und Frankreich. CGB und GÖD vertreten die Interessen ihrer Mitglieder in Brüssel.



**Berufsrat Verteidigung mit Jörg Stadler**



**CESI Generalsekretär Heeger mit Stadler**

**D**er CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands) ist Mitglied der CESI (Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften). Für den CGB haben Nico Caló, Vertreter des CGB und Mitglied des CESI Vorstandes, und der Vorsitzende des Bundesfachverbandes Bundeswehr der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), Jörg Stadler teilgenommen. Aus aktuellem Anlass standen unter anderem auch Themen der Neustrukturierung der Bundeswehr auf der Tagesordnung. Intensive Diskussio-

nen gab es zu Fragen der Folgen im Zusammenhang mit dem Ende der Wehrpflicht oder bei finanziellen Engpässen. Es wurde aber auch über Vorteile und Risiken der öffentlichen Auftragsvergabe aus dem militärischen Bereich gesprochen. In diesem Zusammenhang wurde die Ausgliederung von Tätigkeiten und Aufgaben im Bereich der Streitkräfte und den Folgen für die Zivilbeschäftigten und Soldaten kritisch bewertet. Als Vertreter des militärischen und zivilen Personals in den Streitkräften unterstrichen die Mitglieder des CESI-Berufsrates jedoch die

Notwendigkeit, dass trotz aller nötigen Einsparungen gute und international gleichwertige Arbeitsbedingungen für Soldaten und Zivilisten garantiert sein müssen.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema der europäischen Verteidigungspolitik zu dem ein Vertreter aus dem NATO Hauptquartier in Brüssel informierte.

Ein ausführlicher Bericht zu dem Treffen folgt an dieser Stelle noch. Informationen zum Treffen in Brüssel auch unter: [http://www.cesi.org/news/2012/120613\\_trade\\_council.html](http://www.cesi.org/news/2012/120613_trade_council.html)

## **Die Würfel bei der Bundeswehr sind gefallen**

**I**m größten Bundesressort fanden vom 7. bis 9. Mai d.J. die routinemäßigen Personalratswahlen statt. Dies, obwohl Ministerium, Streitkräfte und Wehrverwaltung am Anfang einer umfassenden Strukturreform stehen. Schon bald werden einige Dienststellen (z.B. Wehrbereichsverwaltungen, Kreis-

wehersatzämter, Stammdienststelle der Bundeswehr etc.) nicht mehr existieren, während sich neue Ämter (z.B. Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr/BAPersBw, Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr/BIUDBw) aufstellen werden.

Hier gilt also ganz besonders der alte Spruch „Nach den Wahlen, ist vor den Wahlen.“

**Im Internet der schnelle Klick**  
**[www.goed-online.de](http://www.goed-online.de)**  
**oder [www.cgb.info](http://www.cgb.info)**



Fortsetzung von Seite 7

## Die Wahlergebnisse im Überblick: Hauptpersonalrat beim BMVg

	Wahlberechtigte 2008	Wahlberechtigte 2012	Wahlbeteiligung 2008	Wahlbeteiligung 2012	Listen in 2008	Listen in 2012	Anzahl Sitze 2008	Anzahl Sitze 2012
<b>Beamte</b>	24.722	24.090	69,8 %	67 %	4	5*	8	9
<b>Arbeitnehmer</b>	69.510	55.668	66,9 %	65 %	13	7	23	22
<b>Soldaten</b>	58.103	60.853	51,4 %	47 %	5	5*	26	28

\* hier trat erstmals die GÖD mit einer eigenen Kandidatenliste an

Liste	Arbeitnehmer	Beamte	Soldaten	gesamt
ver.di	9 (- 1)	1	3	13
VAB	4 (+ 1)			4
VBB		7		7
DBwV	2	1 (+ 1)	18 (+ 2)	21
GÖD	1	0	1 (+ 1)	2
„Freie“	6 (- 1)	0	6	12
<b>gesamt</b>	<b>22 (- 1)</b>	<b>9 (+ 1)</b>	<b>28 (+ 2)</b>	<b>59</b>

ver.di → Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, VAB → Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr im DBB, VBB → Verband der Beamten der Bundeswehr im DBB, DBwV → Deutscher Bundeswehr Verband e.V.

Unsere gewählten Mitglieder des Hauptpersonalrates beim Bundesministerium der Verteidigung



Jörg Stadler



OSF Klaus Krebs

### Bezirkpersonalrat beim SKUKdo

Der Sitz in der Arbeitnehmergruppe wurde erfolgreich verteidigt. In der Soldatengruppe konnten erstmals **-drei-** Sitze erobert werden. Gewählt wurden: **OTL Markus Flecken, OSF Klaus Krebs** und **HFw Kai Krähling** in der Soldatengruppe, **Franz-Josef Gierahs** in der Arbeitnehmergruppe

### Bezirkpersonalrat beim LwFüKdo

In der Statusgruppe der Arbeitnehmer konnte der Sitz gehalten werden. Gewählt wurde: **Kathi Müller**

### Bezirkpersonalrat beim Heeresamt

In diesem Kommandobereich wurde bei den Arbeitnehmern der bisherige Sitz verteidigt. Gewählt wurde: **Reinhard Dierßen**

### Bezirkpersonalrat bei der WBV Nord

Die GÖD trat nur im Bereich der Arbeitnehmer an. Aus zwei wurden drei Sitze Gewählt wurden: **Rolf Zimmermann, Joachim Timm** und **Reiner Ehrenberg**

### Bezirkpersonalrat bei der WBV West

Die GÖD trat nur im Bereich der Arbeitnehmer an. Von den bisherigen zwei Sit-

zen ging bei den diesjährigen Wahlen jedoch einer verloren.

Gewählt wurde: **Arnold Vlatten**

### Bezirkpersonalrat bei der WBV Ost

Das erste mal dabei und auf Anhieb zwei Sitze. Ein super Erfolg. Gewählt wurden: **Matthias Komorowski** und **Thomas Hiob**

### Bezirkpersonalrat bei der WBV Süd

Die GÖD trat nur im Bereich der Arbeitnehmer an. Von den bisherigen zwei Sitzen ging bei den diesjährigen Wahlen jedoch einer verloren. Gewählt wurde: **Karl-Ludwig Siedenrock**

## Erfolge bei der Jugend

# JAV-Wahlen in der Bundeswehr

Die jungen Leute (Jugendliche, Azubis und Beamtenanwärter bis zum 25ten Lebensjahr) wählen ihre Vertretungen routinemäßig alle zwei Jahre. Zeitgleich mit den Personalratswahlen 2012 wurde auch über die Zusammensetzung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen entschieden. Wir als GÖD können mit den erzielten Ergebnissen sehr zufrieden sein.

### Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium der Verteidigung

Gewerkschaft	Stimmen in 2012	Sitze (+/-)
ver.di	1.398 (+ 10)	8 (+ 1)
DBwV (Frischer Wind)	580 (- 117)	3 (- 1)
VAB	496 (- 47)	2 (- 1)
<b>GÖD</b>	<b>242 (+ 98)</b>	<b>1 (+ 1)</b>
VBB	212 (+ 21)	1 (+/-)

### Fortsetzung von Seite 8

#### *Bezirksjugend und Auszubildendenvertretung beim SanFüKdo*

Im Kommandobereich des Sanitätsführungskommandos konnte ein Ergebnis von sogar drei Sitzen erzielt werden. Dies bedeutet im Vergleich zu 2010 einen Zuwachs in der Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung um zwei Sitze.

Unser Team in Koblenz besteht aus Anna MARKMANN, Janine EISERMANN und Sissi LEICHT

#### *Bezirksjugend und Auszubildendenvertretung WBV West*

Im westlichen Wehrbereich traten wir zum ersten Mal mit einer eigenen Liste von 2 jungen Leuten aus Köln zur Wahl

an. Im ersten Anlauf erzielte diese Liste an den Wahlurnen genügend Stimmen, so dass Alice FICHTNER in die Stufenvertretung einziehen konnte. Sie ist zugleich die erste Vertreterin für Thore STADLER in der HJAV. In ihrer Dienststelle, dem BwDLZ Köln, ist sie Vorsitzende der örtlichen JAV.

#### *Bezirksjugend und Auszubildendenvertretung WBV Nord*

Hier wurde unsere Ina WOLF in ihrem Amt erneut bestätigt

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen und wünschen unseren jungen Mandatsträgern viel Glück im Amt!

#### Unser Spitzenteam in der HJAV beim BMVg



**Alice Fichtner**



**Thore Stadler**

**GÖD** Die qualifizierte Alternative!

## Realisierungsplanung:

# Auswirkungen auf das Stationierungskonzept

Mit der Entscheidung von Bundesminister de Maizière vom 26. Oktober 2011 zum Stationierungskonzept der Bundeswehr in Deutschland wurde ein wichtiger Schritt im Rahmen der Neuausrichtung abgeschlossen. Das Stationierungskonzept ist Ergebnis einer umfassenden und gründlichen Analyse, in der alle relevanten Faktoren in einer ganzheitlichen Betrachtung der Grundprinzipien „Funktionalität“, „Kosten“, „Attraktivität“ und „Präsenz in der Fläche“ gegeneinander abgewogen wurden.

An vier Standorten werden deutliche Anpassungen in Bezug auf die dort ausgeplanten Dienstposten vorgenommen. Für die Aufstellung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) wird jetzt, entgegen den ursprünglichen Planungen für den Standort Koblenz, auch der benachbarte Standort Lahnstein in größerem Umfang herangezogen. Zurzeit zeichnet sich die folgende Änderung ab: Insgesamt

wird der Standort Koblenz um rund 1.100 Dienstposten reduziert, der Standort Lahnstein wird um rund 1.200 Dienstposten aufwachsen.

Auf der Zeitachse sind im Zuge der Umsetzung jedoch weitere Anpassungen an diesen beiden Standorten nicht auszuschließen. Ferner wird der Standort Laupheim um rund 300 Dienstposten reduziert, die jetzt größtenteils in Schönewalde realisiert werden. Ferner wächst der Standort Untermeitingen um rund 100 Dienstposten auf.

Bezogen auf den Gesamtumfang der Bundeswehr und die Komplexität der Feinausplanung aller Organisationsbereiche liegt der notwendige Anpassungsbedarf im zu erwartenden Rahmen und bestätigt die Tragfähigkeit des Stationierungskonzeptes. Aufbauend auf den Realisierungsplänen und unter Berücksichtigung der Verteilung der Dienststellen aller Organisationsbereiche wurden die spezifischen Schließungszeitpunkte von nicht mehr benötigten Liegenschaften abgeleitet. Diese sind auf der Zeitachse – insbesondere bei der Abhängigkeit von langfristigen Infrastrukturplanungen oder Rüstungs-

vorhaben – ab 2018 weniger konkret vorhersehbar.

Dabei ist der Zeitpunkt der Nutzungsaufgabe durch die Bundeswehr, durch ein aufzulösendes Bataillon oder eine zivile Dienststelle, nicht gleichbedeutend mit dem Zeitpunkt der Übergabe beziehungsweise Rückgabe der Liegenschaft an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, zum Beispiel durch zeitlichen Nachlauf für Materialabgaben.

Darüber hinaus wird mit den jetzt vorliegenden Entscheidungen zur Feinstrukturplanung ein ganzes Spektrum von weiteren Planungen und Konzepten angestoßen. Dazu gehören auch die regionale sanitätsdienstliche Versorgung, die Gesamtheit der Ausbildungseinrichtungen einschließlich der regionalen Konzepte für Schießanlagen und Übungsplätze sowie die optimale Gewährleistung der Verpflegung und bewirtschafteten Betreuung. Diese Umsetzungen werden zu gegebener Zeit kommuniziert werden.

Ein kleiner Teil der Liegenschaftsschließungen, die bereits in den Jahren 2012 und 2013 realisiert werden, wurde bereits im Februar dieses Jahres veröffent-

**Fortsetzung von Seite 9**

licht. Der zeitliche Schwerpunkt der Liegenschaftsschließungen wird jedoch in den Jahren 2014 bis 2016 liegen.

**Der Meilensteinplan**

Allen voran gehen in diesem Prozess – nach dem BMVg – die Höheren Kommando-behörden sowie Bundesober-behörden und die oberste Truppenführungsebene. Diese, für die Unumkehrbarkeit der Neuausrichtung entscheidenden, Dienststellen aus den Realisierungsplänen der einzelnen Organisationsbereiche werden im so-

genannten Meilensteinplan zusammen-gefasst.

Darüber steuert das Ministerium das aufeinander abgestimmte weitere Vor-gehen. Zugleich verdeutlicht der Mei-lensteinplan den Realisierungsfort-schritt der erfolgskritischen Elemente der Neuausrichtung.

Der nun vorliegende Meilensteinplan ist das Ergebnis der erforderlichen, um-fangreichen und intensiven Abstim-mungen auf allen Ebenen. Bereits bis Ende dieses Jahres wird die Hälfte der

erfolgskritischen Elemente arbeitsfähig sein.

Die Zielstruktur soll bis Ende 2015 ein-genommen werden. Der überwiegende Teil der Elemente soll sogar schon bis Ende 2013 in der Zielstruktur arbeiten. Die künftige Stationierung der im Mei-lensteinplan zusammengefassten Ob-jekte soll bis zu drei Vierteln bis Ende 2015 verwirklicht sein. Ungeachtet des-sen werden spätere Infrastrukturmaß-nahmen zum Teil auch über 2017 hinaus erforderlich sein.

## ***Fachbereich Soldaten im Bundesfachverband Bundeswehr der GÖD im Gespräch mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Herrn Königshaus***

**Berlin, 07.06.2012**

**D**ie zeitlichen Ressourcen des Wehrbeauftragten des Deut-schen Bundestages sind bekanntermaßen eng begrenzt. Trotzdem erklärte sich der Wehrbe-auftragte bereit, den von der GÖD erfolgreich im Dezember 2011 be-gonnenen regelmäßigen Informa-tionsaustausch zwischen militäri-schen und zivilen Mandatsträgern verschiedener Personalräte fortzu-setzen.

In Begleitung des stellv. Vorsitzen-den des Bundesfachverbandes Bun-deswehr Andreas Röpcke, trugen GÖD Mitglieder aus dem Kameraden-kreis herangetragenem Problem-felder (z.B. Sanitätsversorgung im Auslandseinsatz und Probleme in der inneren Führung in Dienststellen der Bundeswehr) zur weiteren Erörte-rung vor.

An diesem Gespräch nahmen von Seiten der GÖD Herr OTL Markus Flecken und Herr HFW Kai Krähling



***Von links: OTL Markus Flecken, Kathi Müller, Herr Königshaus, Andreas Röpcke, SU Christine Reckert, HFW Kai Krähling***

(Mitglieder des Bezirkspersonalrat Streitkräfteunterstützungskomman-do), die Vorsitzende des GÖD Bezirksverbandes Mecklenburg Vor-pommern, Frau Kathi Müller, so-wie die Sprecherin der Sol-daten des Bezirksverbandes, Frau Christine Reckert (Einsatzunterstüt-zungsgruppe der Luftwaffe in

Trollenhagen) teil.

Die Gesprächsrunde wurde auf Wunsch des Wehrbeauftragten mit den sanitätsdienstlichen Fragestel-lungen eröffnet. Auslöser waren aus dem Kameradenkreis vorgebrachte Beschwerden über lange Wartezei-ten für die Zuweisung von Terminen in den Bundeswehrkrankenhäusern.

### Fortsetzung von Seite 10

Herr Oberstleutnant Markus Flecken, Mitglied des Bezirkspersonalrates SKUKdo, trug hierzu wesentliche Eckpunkte vor, die seitens des Wehrbeauftragten aufgenommen wurden und deren Erörterung mit dem Inspekteur Sanitätsdienst bereits fest eingeplant sind. Hierzu werden wir weiter berichten.

Fortgesetzt wurde mit einem Punkt aus dem Themenkreis Innere Führung.

Im konkret geschilderten Fall ging es um einen Vorgesetzten auf der Kommandeurebene, der das Engagement gewerkschaftlich organisierter Mitglieder des örtlichen Personalrates für den ihm anvertrauten unterstellten Bereich nicht wertschätzt und den Weg zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit noch nicht gefunden hat. Hier bat der Wehrbeauftragte um weitere Fakten, die für das weitere Vorgehen seinerseits unabdingbar seien. Auch hierzu werden wir weiter berichten.

Den Schlusspunkt setzte Herr Hauptfeldwebel Kai Krähling, ebenfalls

Mitglied des Bezirkspersonalrats SKUKdo, Mitinitiator der regelmäßigen Gespräche mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sowie Fachmann für soziale und behindertenrechtliche Fragestellungen mit Informationen und Fragen zur sog. „LARIAM“- Problematik. Im Weiteren erörterte Hauptfeldwebel Krähling im Gespräch mit dem Wehrbeauftragten Möglichkeiten zur Beschaffung zwingend erforderlicher Fakten als Voraussetzung für die weitere Bearbeitung „schwieriger“ Fälle (hier Impfproblematik?) An dieser Stelle machte der Wehrbeauftragte Herr Königshaus unmissverständlich deutlich, dass entsprechende Informationen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Petenten Verwendung finden dürften. Aus diesem Grund werden Betroffene persönlich unmittelbar angesprochen und um ihre Zustimmung für das weitere Vorgehen gebeten. Neue Informationen aus diesem Themenbereich werden wir selbstverständlich ebenfalls sofort mitteilen.



**Unbedingt einhalten**

**Redaktionsschluss  
Forum 3/2012  
ist der 8. Sept. 2012!**

Wir danken dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ausdrücklich für seine Bereitschaft, uns Gehör zu schenken und das überaus vertrauensvoll-offene-konstruktive Gespräch.

## Aus den GÖD Landes- u. Regionalverbänden

### Landesverband Baden-Württemberg

#### Werbebanner für den LV Baden-Württemberg



Der Landesverband Baden-Württemberg wird am 13. Oktober 2012 seinen Landeskongress in Stuttgart-Bad Cannstatt abhalten. Bei den Vorbereitungen hierfür wurde die Anschaffung von modernen Präsentationsmitteln diskutiert. Man hat sich für den kostengünstigen Entwurf von Roll-Up-Display entschieden. Das Medienbüro greendeer ([www.greendeer.de](http://www.greendeer.de))

hat hierzu die Entwürfe gestaltet. Stolz präsentierte der Landesvorstand dieser Tage die neuen Banner. Die Banner sollen in Zukunft regional stationiert werden und sind bei Versammlungen nach kurzer Aufbauzeit einsatzbereit. Auf den farbigen Bildern werden die klassischen Berufe dargestellt, die durch die GÖD vertreten werden.



## Landesverband Bayern

# Bundvorsitzender Raymund Kandler beim Geschäftsführer der FMG, Thomas Weyer

Auf Anregung des Fachverbandsvorsitzenden Flughäfen Bayern, Bernhard Plath, fand im März ein Treffen des Bundvorsitzenden der GÖD, Raymund Kandler, sowie des Fachverbandsvorsitzenden Flughäfen Bayern mit dem Geschäftsführer Finanzen und Infrastruktur, FG, Hr. Thomas Weyer, im Hause der Flughafen München GmbH (FMG) statt.



**v.l.n.r.: Raymund Kandler und Bernhard Plath sowie Thomas Weyer, Geschäftsführer Finanzen und Infrastruktur der FMG**

Im Rahmen dieses Gespräches wurden verschiedenen Themen diskutiert. Schwerpunkte bildeten dabei die Themen „Umstrukturierung SES – CAP“, also die geplante Verschiebung der operativen Sicherheitsdienste der FMG unter das Dach des Tochterunternehmens CAP Flughafen München Sicherheits – GmbH (CAP) und die Mitarbeiterbeteiligung sowie die sogenannte Bruttolohnkürzung, welche den Beschäftigten der FMG seit Jahren als „Solidarbeitrag“ für den Bodenverkehrsdienst per Tarif auferlegt wurden.

### **Auszubildende Fachkraft für Schutz und Sicherheit brauchen Perspektive!**

Bernhard Plath sprach in diesem Rahmen die Verunsicherung der Auszubildenden im Bereich von SES an. Diese hatten sich

bei ihrer damaligen Bewerbung auf einen Ausbildungsplatz bewusst für die Ausbildung bei der FMG entschieden. Insbesondere der derzeit laufende Ausbildungsjahrgang ist natürlich schwer verunsichert, wie mit ihnen bei einer möglichen

zeitnahen Zusammenlegung der betroffenen Bereiche weiter zu verfahren ist. Hier wurde von den GÖD-Vertretern ein Festhalten an den Zusagen im Sinne der Azubis gefordert. „Insbesondere die Thematik Übernahme ist für viele der Betroffenen, nach Bekanntgabe der Pläne der Geschäftsführung, ein Unsicherheitsfaktor“, so Plath. Hr. Weyer führte aus, dass das Thema Ausbildung bei der FMG einen sehr hohen Stellenwert hat. Er äußerte Verständnis für die betroffenen Azubis und sagte zu, diese Thematik im Rahmen der Gespräche mit dem Betriebsrat und der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) offen zu diskutieren. „Die betroffenen Azubi’s sind Mitarbeiter der FMG und werden daher auch wie alle an-

deren FMG-Mitarbeiter behandelt“ so Weyer.

### **Lohnkürzung versus Erfolgsbilanz**

Raymund Kandler schilderte seinen Eindruck zur derzeitigen Stimmungslage in der Belegschaft. Bernhard Plath hob hervor, dass ihm viele Mitarbeiter versichert haben, dass man „bereit sei, in schlechten Zeiten den Gürtel enger zu schnallen.“ „Allerdings erwarte man, dass man in guten Zeiten merklich am positiven Ergebnis beteiligt werde. Eine Sinnhaftigkeit der Senkung des organären TVöD-Lohngefüges sei hier vielen Kollegen nicht verständlich.“, so Plath. Hr. Weyer folgte aufmerksam den gemachten Ausführungen und sagte zu, die gemachten Lösungsvorschläge der GÖD-Vertreter auch mit seinem Kollegen in der Geschäftsführung zu besprechen. Wichtig war dem FMG-Geschäftsführer die Feststellung, dass der Anteil der Mitarbeiter ein relevanter Teil des Lösungspaketes bei der Thematik Sanierung des Bodenverkehrsdienstes war. Hr. Weyer lobte die Leistung der Mitarbeiter und betonte, dass seitens der Geschäftsführung sehr wohl eine „spürbare Würdigung“ dieser geplant sei.

Zum Ende der Gesprächsrunde wurde dieser Termin von allen Beteiligten als äußerst konstruktiv und informativ bewertet. Eine Fortsetzung dieser Runde sei sicherlich wünschenswert, auch weil hier die Ängste und Nöte der Kolleginnen und Kollegen bei der Unternehmensleitung Gehör finden.

## Landesverband Bayern

# GÖD Bezirksverband München Oberbayern wählt neue Vorstandschaft

Am 14.05.2012 fanden die Neuwahlen der Vorstandschaft im Gasthof Neuwirt in Garching statt.

Zu Beginn der Versammlung, welche durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden, Bernhard Plath, geleitet wurde, wurden die

Teilnehmer von diesem herzlich begrüßt. Plath bedankte sich bei den Anwesenden für Ihr Erscheinen. Dies sei ein starkes Zeichen dafür, dass ein Neuanfang

im Bezirk München/ Oberbayern auch von der Basis getragen wird. Im Anschluss daran sprach der Landessekretär und Bundesvorsitzende der GÖD,

### Fortsetzung von Seite 12

Raymund Kandler, zu den Mitgliedern. Dieser stellte neu zur GÖD gelangte Bereiche vor und berichtet über die vielen Erfolge im Rahmen von Betriebs- und Aufsichtsratswahlen für die GÖD. Dies, so Kandler, sei ein Zeichen dafür, dass sich die GÖD als Alternative zu anderen Gewerkschaften einen sehr guten Ruf erarbeitet hat. Zur Wahl in den Aufsichtsrat der SWM Services GmbH gratulierte der Bundesvorsitzende Herr Christian Kraus. Nach einem Bericht über die Tarifrunde 2012 wurde durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Plath die Wahl eingeleitet. Für die Ämter des Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden, des Kassiers sowie des Schriftführers stellten sich, nach einer kurzen persönlichen Vorstellung, die Kollegen Marcus Mengel und Helmut Weindl sowie die Kolleginnen Ingrid Schätz und Christine Reindl zur Verfügung.

Im anschließenden Wahlgang wurden durch die Anwesenden in getrennten Wahlgängen jeweils einstimmig gewählt:



**v.l.n.r.: Helmut Weindl, Ingrid Schätz, Christine Reindl, Marcus Mengel**

**Vorsitzender:** Marcus Mengel, Flughafen München

**Stellvertretender Vorsitzender:** Helmut Weindl, WBV Süd, Ast. München

**Schatzmeisterin:** Ingrid Schätz, SGM am Flughafen München

Zum Abschluss der Veranstaltung gratulierten Bundesvorsitzender Kandler und stellvertretender Landesvorsitzender Plath dem neugewählten Vorstand. (bp)

**Schriftführerin:** Christine Reindl

Nach erfolgter Wahl hielt der neugewählte Vorsitzende, Marcus Mengel,

eine Antrittsrede, in der er sich für das Vertrauen bedankte und in der er den Anwesenden einen kurzen Ausblick auf seine Ziele, die in den nächsten Jahren Hauptbestandteil seiner gewerkschaftlichen Arbeit sein werden, gab. Er betonte dass man nur gemeinsam eine Chance hätte, gegen die manchmal so erscheinende Übermacht der Arbeitgeber Position zu beziehen. Er forderte alle Bereiche auf, sich konstruktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen. „Die GÖD zeichnet sich, anders als andere Gewerkschaften, durch Basisnähe und hohe Verlässlichkeit aus“, so Mengel. Dieses sei ein gutes Argument für eine aktive Mitarbeit zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zum Abschluss der Veranstaltung gratulierten Bundesvorsitzender Kandler und stellvertretende Landesvorsitzender Plath dem neugewählten Vorstand.

(bp)

Mehr über uns im Internet unter [www.goed-online.de](http://www.goed-online.de)

### Landesverband Nordrhein Westfalen

## Vorstandswahl und Ehrungen in Werne

Die RWE-Betriebsgruppe in Werne (NRW) traf sich turnusgemäß am 9. Mai 2012 zu Neuwahlen des Vorstandes.

Gewählt wurden als Vorsitzender der Kollege Theo Remminghorst, als Stellvertreter der Kollege Franz Heitbaum. Schriftführer wurde Kollege Peter Metzsig, Karl Heinz Roerkohl ist ab sofort für die Kasse zuständig. Zu Beisitzern wurden die Kollegen Alfons Krass und Heinz Wessling gewählt. Ein großes Dankeschön gab es für den scheidenden Kassierer Mi-

chael Rebitsch, der das Amt des Kassiers nach fast 30 Jahren abgab. Er ist mittlerweile aus der Region verzogen. Diverse Ehrungen für eine 25-jährige Mitgliedschaft konnten im Anschluß vom wiedergewählten Vorsitzenden durchgeführt werden. Das Bild zeigt den neuen Vorstand sowie einige der zu ehrenden Kollegen sowie den NRW-Landesvorsitzenden.



Foto: Ruhr-Nachrichten

Regionalverband Küste

## Gründung eines Fachverbandes Gesundheit im Regionalverband Küste



v.l.n.r. Josef Nikl, Jutta Henniges, Silvia Jensen, Kirsten Michelsen, Wolfgang Gruber

Am 30.03.2012 wurden Interessierte des Regionalverband Küste in das Hotel Mühbrock bei Neumünster eingeladen, um einen Fachverband Gesundheit ins Leben zu rufen. Hintergrund dieser Zusammenkunft war es, unsere Mitglieder besser zu verknüpfen und die Möglichkeiten des Austausches und der fachgerechten Kommunikation zu stärken sowie die vielfältigen Informationen und Interessen auf breitere Schultern zustellen, um den neuen

Strukturen im Regionalverband Küste besser gerecht zu werden.

Zu dieser Veranstaltung wurde unser langjähriger Freund und Kollege, Josef Nikl aus Bayern, eingeladen. Josef, der uns seit Jahren kompetent und sachkundig über die wissenswerten Neuerungen in der Gesundheit unterrichtet hat, war genau der Richtige, um unsere Mitglieder auf den neuesten Stand der Entwicklungen bei der Finanzierung im Gesundheitswesen und den Zwängen in

Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu bringen. So kommt es nicht von ungefähr, dass die rund zweistündige Information auch die fachlich nicht so bewanderten Anwesenden ansprach.

Wir möchten uns auf diesem Weg noch einmal recht herzlich bei Josef bedanken.

Als Vorsitzender des Fachverbandes stellte sich Wolfgang Gruber ([w-gruber@foni.net](mailto:w-gruber@foni.net)) zur Verfügung.

Er ist gleichzeitig der Ansprechpartner für den BV Mittel-Holstein.

Ansprechpartner für die Bereiche BV Harz-Heide und Weser-Ems ist Jutta Henniges ([juttahenniges@web.de](mailto:juttahenniges@web.de)).

Ansprechpartner für den BV Westküste ist Silvia Jensen ([Lindirnf@yahoo.de](mailto:Lindirnf@yahoo.de)).

Für den BV Nord zeichnet Kirsten Michelsen verantwortlich ([KMichelsen@gmx.net](mailto:KMichelsen@gmx.net)).

Für das leibliche Wohl während der Veranstaltung war gut gesorgt. Das Fazit der Veranstaltung war rundherum positiv.

Wir wünschen dem Fachverband eine gute Verbandsarbeit und einen regen Austausch.

**Andreas Röpcke**

Regionalverband Ost

## Dramatische Zustände in sächsischen Behörden

### Politiker ohne Sozialkompetenz sind zum Scheitern verurteilt!

Die nicht enden wollenden Umstrukturierungen in sächsischen Behörden und das Unvermögen, diesen durchaus notwendigen Prozess mit der gebotenen Sozialkompetenz zu moderieren, kann Politikern spätestens bei der nächsten Landtagswahl den Job kosten. Besonders schlimm ist es im FDP-geführten Sächsischen Staatsmi-

nisterium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) sowie bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB). Die Zustände in beiden Häusern sind dramatisch und die Mitarbeiter sind hilflos. Die durch die Personalräte identifizierten Probleme sind teilweise bereits zum Medienthema geworden. Da es heißt „Wer im Glashaus sitzt, wirft nicht mit Stei-

nen!“ schmoren die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Frust. Es bleibt zu hoffen, dass verantwortungsbewusste Politiker und auch die Medien dies erkennen. Ansonsten werden die Missstände im nächsten Wahlkampf von der Opposition ausgeschlachtet werden.

„Nur wer seine Arbeit liebt, hat darin auch Erfolg.“ Diese Weisheit des be-



## Fortsetzung von Seite 12

rühmten Psychologen Joseph Murphy gehört in alle Personalentwicklungskonzepte, egal ob es um den öffentlichen Dienst oder um Unternehmen in der freien Wirtschaft geht. Mitarbeiter, die auf dem Reißbrett verschoben werden und die mangels Sozialkompetenz ihrer Chefs nicht motiviert werden, werden nie das leisten, was sie leisten können. Somit muss es das oberste Gebot sein, über vernünftige Personalentwicklungskonzepte und ein betriebsspezifisches Qualitätsmanagement Leistungen zu stimulieren, die letztlich dem Unternehmen / der Behörde als Ganzes nützen. Nur im gegenseitigen Füreinander erreicht man etwas miteinander - das „Miteinander füreinander“ bedarf überzeugender Strategien und insbesondere Sozialkompetenz. Chefs, die sich diesem weichen Themenfeld nicht widmen, können letztlich hart landen. Den öffentlichen Dienst im aufgezeigten Sinne attraktiv, leistungsorientiert und flexibel zu machen ist eine Verpflichtung auch gegenüber den Steuerzahlern, die mit demoti-

vierten Staatsdienern wenig anfangen können! Die geplante Dienstrechtsreform wird nur erfolgreich sein, wenn sie dies berücksichtigt! Die Hauptverantwortung für die Misere hat die in der sächsischen CDU-FDP-Koalition für die Staatsmodernisierung zuständige FDP, welche die Tragik der Kommunikationskrise noch nicht erkennt. Dies ist bei der marketingerfahrenen FDP erstaunlich, zumal der stellv. FDP-Bundesvorsitzende und sächsische Landesvorsitzende, Holger Zastrow, mittlerweile vielerorts als „Fidel Zastrow“ verunglimpft wird, man die Hausleitung im SMWA als „Trio Infernale“ diffamiert und die Mitarbeiter mangels Wir-Gefühl einen Keil zwischen ihrem Haus und der total isolierten Hausleitung sehen. Die FDP hat keine Gelegenheit genutzt, über Parteitagsbeschlüsse positive Zeichen zu setzen. So gelten bei der FDP noch Beschlüsse, die die Abschaffung der staatlichen Mittel Ebene fordern, obgleich das Standortgesetz diese mit der Landesdirektion Sachsen gesichert hat. Ein anderes Thema: Die mit dem Standortgesetz

politisch exekutierten und als irrational massiv in der Kritik stehenden Umzüge der SAB von Dresden nach Leipzig und des Rechnungshofes von Leipzig nach Döbeln könnten die Regierung auch massiv in Bedrängnis bringen.

Der für den öffentlichen Dienst weitgehend zuständige Innenminister, Markus Ulbig, ein werteorientierter CDU-Mann, könnte helfen, das Miteinander zu verbessern, indem er seine Akademie für Öffentliche Verwaltung (AVS) mit ihrer Qualitätsmanagement-Kompetenz ressortübergreifend zum Tragen bringt. Auch die sächsische Kultusministerin, Brunhild Kurth, hat mit dem großartigen Streitkultur-Portal ihrer Landeszentrale für Politische Bildung ein wichtiges Hilfsinstrument für die Bewältigung der anstehenden Probleme parat ([www.lasst-uns-streiten.de](http://www.lasst-uns-streiten.de)). Wird man es nutzen?"

**Joachim Brockpähler**



## **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen/Beitrittserklärung**

Bundesverband · Pelkovenstraße 51, 80992 München · Tel.: (089) 53 25 50, Fax: (089) 53 65 29

Name, Vorname	Geburtstag	Straße/Hausnummer	PLZ/Wohnort
Tel. privat	e-Mail	Tel. dienstlich	
Dienststelle, Betrieb	ausgeübter Beruf		
Dienstanschrift	Krankenkasse		
Beitritt zur GÖD ab	Monatsbeitrag	Bisherige Gewerkschaft	von bis
Bankleitzahl	Kto. Nr.:	Geldinstitut	

Mit dem Beitragseinzug von meinem Konto bin ich einverstanden. Ich bin davon unterrichtet, dass die obigen Angaben zu meiner Person unter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes per EDV gespeichert werden.

Datum/Unterschrift Name des Werbers: